

gaben, war nun gezwungen, Entschuldigungen für die Haltung seines Parteifreundes Wiffell zu suchen. Das machte er, indem er eine infame Depe gegen die revolutionäre Opposition und die kommunistische Presse entfaltete. Er gab u. a. der Hoffnung (!) Ausdruck, daß der neue Schiedspruch nicht schlechter sein werde als der vom 18. Juni. Besondere Empörung markierte Leuchtenberger über die Veröffentlichungen der kommunistischen Presse über den Kontraktionskampf im Hauptverband des DDB.

Die Versammlungsteilnehmer machten wiederholt Zwischenrufe und forderten stürmisch Diskussionsfreiheit. Doch Leuchtenberger erklärte die Versammlung für geschlossen.

Hier griffen die Kollegen von der Opposition ein. Sie forderten die Textilarbeiter auf, die Versammlung ohne Leuchtenberger fortzusetzen.

Rund 2000 Proleten waren der Aufforderung der Opposition gefolgt. Aus etwa 800 leisteten Leuchtenberger Geselligkeit und verließen den Saal.

Jeht sprachen mehrere oppositionelle Kameraden unter stürmischem Beifall der Textilarbeiter. Start war der Beifall bei den Ausführungen des Kollegen W., der feststellte, daß die Leuchtenberger u. Co. nicht die Führer der Arbeiter sein können, weil sie offen im Lager der Unternehmer stehen.

Die Arbeiterklasse muß eigene Kampfleitungen wählen und unter ihrer Führung die Kämpfenden in einer eisernen Kampffront zusammenschmelzen.

Der Verlauf der Montag-Versammlung in Langenbielau zeigt das rasche Anwachsen des Einflusses der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Textilarbeiter, vorwärts unter Führung der Opposition! Der Sieg muß euer sein!

Für die Arbeiter nichts, für die Textilunternehmer alles

So handeln die Sozialdemokraten im Landtag!

Berlin, 2. Juli.

In der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses des Preussischen Landtages wurde u. a. der kommunistische Antrag behandelt, der eine Unterstützung an die ausgesperrten Textilarbeiter in Höhe der Erwerbslosenunterstützung aus Staatsmitteln fordert. Der Antrag wurde mit allen, d. h. auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Dafür stimmten nur die Kommunisten. Offener konnten die Sozialisten ihr arbeitgeberfeindliches Gesicht nicht zeigen. Die bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront hat zu gleicher Zeit Anträge angenommen, wodurch die schlesischen Textilunternehmer bei Vergebung von Arbeiten besonders bevorzugt werden und für ihre Waren verbilligte Gütertarife geschaffen werden sollen. Für die Arbeiter nichts, für die Unternehmer alles, das ist die Politik der Sozialisten.

Nachverhandlungen für die schlesische Metallindustrie

Unternehmervünsche sollen erfüllt werden — Metallarbeiter, organisiert den Kampf!

Breslau, 2. Juli.

Heute um 14 Uhr finden in Berlin im Reichsarbeitsministerium Nachverhandlungen über die Löhne der Breslauer und niederschlesischen Metallarbeiter statt. Schon im voraus steht fest, daß die Arbeiter um ihre Forderungen geprellt werden sollen. Die Metallarbeiter müssen erkennen, daß die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten nicht die Absicht haben, für die aufgestellten Forderungen einen Kampf zu organisieren. Sie

werden im Interesse der deutschen Wirtschaft, d. h. im Interesse der Trustkapitalisten und Kriegstreiber, alle Forderungen preisgeben und vor dem schändlichsten Spruch kapitulieren. Wollen die Metallarbeiter die aufgestellten Forderungen durchsetzen, so müssen sie selbst an die Organisierung des Kampfes herangehen. Nur unter Führung von im Betrieb gewählten Kampfleitungen und der revolutionären Gewerkschaftsopposition ist es möglich, den Kampf siegreich zu beenden.

Orloff, der Mörder, in Zörgiebel's Dienst

Vom zaristischen Arbeiterhelfer zum Chef des weißen R.-Dienstes und Mitarbeiter der I.A. SPD. benützt ihn noch heute — Beginn des Prozesses

Berlin, 2. Juli. (Fig. Ber.) Gestern begann vor dem Großen Schöffengericht Schöneberg ein Prozeß, in dessen Mittelpunkt die verbrecherischen Fälscherpraktiken stehen, die von der weißgardistischen, sozialdemokratischen Konterrevolution zur Kompromittierung der Sowjetunion und zum Kampf gegen die Volkshemmi angewandt werden. Wladimir Orloff, Generalkonsulatsanwalt und Staatsrat des Baltischen, steht vor Gericht wegen Fälschung jener Dokumente, durch die die amerikanischen Senatoren Borah und Ferris der Bestechung durch die Sowjetregierung mit je 100 000 Dollar schuldig wurden. Mit Orloff zusammen sitzt auf der Anklagebank der ehemalige zaristische Offizier Peter Pawlowitsch, der sich auch Sumarokoff und Karpow nennt und in der Fälscheraffäre ebenfalls eine Rolle spielt.

Orloff galt seit Beginn seiner juristischen Karriere, die er als Untersuchungsrichter in Lody einleitete, als ein erbitterter Feind der proletarischen Emanzipationsbewegung. Seine blutige Tätigkeit, die so manchen proletarischen Freiheitskämpfer an den Galgen brachte, sicherte ihm eine schnelle Beförderung, und so finden wir ihn schon im Jahre 1911 auf einem Kommando, das es in dieser Art nur dreimal in ganz Rußland gab, in der Leitung der innen- und außenpolitischen Spionage.

Als späterer Militäruntersuchungsrichter beim Armeekorpskommando ließ er die meuternden Soldaten zu Hunderten standrechtlich erschießen. Ansonsten vom letzten Jar zur Exzellenz ernannt, begab er sich in die Krime und den Kaukasus, wo er die weißgardistischen Generale Wrangel und Alexejew im Kampfe gegen die Volkshemmi unterstützte. Er wurde sofort zum Chef der Nachrichtenabteilung des Generalstabes der Weißen ernannt. In Ausübung dieser Tätigkeit wandte er sich nach Leningrad, wo er sich unter falschem Namen in den juristischen Beamtenstab einschlich. Konspirative Tätigkeit, Verforgung der Weißgardisten mit falschen Pässen und Ausweisen, Organisierung der Flucht reicher Bürger, Versteck ihres Vermögens. Darin erschöpfte sich Orloff's Tätigkeit.

Und hier beginnt ein neuer Abschnitt. Denn während dieser Zeit trat Orloff in politische Verbindung mit dem Regierungsrat Bartels vom deutschen Generalkonsulat in Leningrad.

Deutsches Konsulat verhilft Orloff zur Flucht aus der USSR.

Es ist auf Grund der uns zur Verfügung stehenden Unterlagen nicht der geringste Zweifel darüber möglich, daß bereits damals Orloff vom deutschen Generalkonsulat, insbesondere von Bartels, zu konspirativer Arbeit gegen die Sowjets benutzt wurde.

Das deutsche Generalkonsulat ist es auch gewesen, das Orloff einen falschen Paß zur Verfassung stellte,

so daß er der gerechten Strafe für seine Arbeiterhetze entgehen konnte. In Berlin angekommen, wurde Orloff sofort einer der eifrigsten Mitarbeiter des benachbarten Reichskonsularats für öffentliche Ordnung unter Leitung des künftigen Grafen von Otto Braun, Dr. Weissmann. Für Orloff war das eine lohnende Beschäftigung; erhielt er doch, soweit bisher festgestellt werden konnte, die ungeheure Summe von

30 000 Mark für seine Fälschungen aus dem Geheimfonds des Innenministeriums auf Kosten der proletarischen Steuerzahler.

In der gestrigen Verhandlung wurde zunächst mit der Vernehmung der Angeklagten, die sehr unfruchtbar war, begonnen, weil beide nur gebrochen Deutsch sprachen, und sehr oft ein Dolmetscher eingreifen mußte. Als Orloff nach allgemeinen Angaben später auf die Organisation des Nachrichtenendienstes eingehen wollte, wurde er neuerlich durch den Dolmetscher unterbrochen, daß es sich bei

diesem Prozeß nur um die strafrechtliche Seite handele. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde ein gefälschtes Schriftstück vorgelesen, das einen Brief des russischen Warendivisionschefs darstellte. In dem Brief wurde Orloff als Mitarbeiter der I.A. SPD bezeichnet. Die Verhandlung brachte umfangreiches Material über die umfangreiche Fälschertätigkeit der Orloff und Konsorten, die ein Teil der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion darstellten. Wir werden morgen über die Verhandlungen ausführlich berichten.

Das Konkordat vor dem Landtag

In der gestrigen Landtagsitzung stand der Vertrag des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten und Reichensers Otto Braun mit dem Papst im Landtag zur 1. Lesung. Die Deutschnationalen ließen durch ihren Redner Winterfeld ausführen, daß für sie die Annahme des Gesetzes unmöglich sei, weil die Staatsregierung das gleichzeitige Zustandekommen von Verträgen mit der evangelischen Kirche verhindert hätte. Auch der Volksparteiliche Stendel lehnte den Vertrag ab, weil die Regierung erklärt habe, daß der Landtag den Gesamtvertrag ohne Änderungen anzunehmen oder abzulehnen habe. Für das Zentrum sprach der Abgeordnete Dr. Lindeborn, der allgemein als der Reichsvater der SPD-Fraktion gilt. Er beschränkte sich auf die Mitteilung, daß sich das Zentrum an der Aussprache wegen der innerkirchlichen Fragen des Vertrages nicht beteiligen werde. Während der Vorlesung der Allgemeinen Freien Lehrerschaft im Hause eine Broschüre verteilt ließ, die mit den Worten schließt: „Das Konkordat muß fallen!“, erklärte der zukünftige Kultusminister König (SPD), das Konkordat müsse angenommen werden, da es für den Preussischen Staat günstig sei. Im Namen der Demokraten begründete Harrer Grau die Zustimmung seiner Fraktion zum Konkordat. Nach ihm sprach

Genosse Ausländer,

der mit den Kirchensozialisten gründlich abrechnete. „Das Proletariat steht in seinem Kampf“, führte Genosse Ausländer aus, „überall auf den Pfaffen als Feind. Es findet ihn als Verteidiger der Prügelstrafe und des Abtreibungsparagrafen, als Anwalt der Prügelstrafe in der Schule, als Denunziant und Hezer gegen die revolutionäre Kunst, als Verteidiger der Fürstenabfindungen, als Prediger des Wirtschaftsfriedens und des Rechtes auf kapitalistische Ausbeutung, als Schürmer des Krieges gegen den Volkshemismus. Der Kampf gegen das Konkordat, der Kampf für Trennung von Staat und Kirche ist daher ein notwendiger Bestandteil des Kampfes für die proletarische Revolution! Diesen Kampf führt nur die kommunistische Partei! In der weiteren Debatte sprach Heistermann von der Wirtschaftspartei, daß seine Fraktion gegen das Konkordat nichts einzuwenden habe, aber unbedingte Parität der beiden Konfessionen verlange. Die Vorlage ging zur weiteren Beratung an den Hauptausschuß, der Dienstag und Mittwoch tagen wird.

Das Konkordat ist wichtiger als die Forderung des Textilarbeiterlebens!

Am Schluß der Montagssitzung des Landtages beantragte der Gen. Schwentl, in der Sitzung am Freitag nicht das Konkordat, sondern die Anträge über die Auslieferung der schlesischen Textilarbeiter und die Anträge auf Forderung der Kostage der Unweitergeschädigten in Oberschlesien und der Handbriestahlnarbeiter zu beraten. Dieser Antrag wurde von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen in Einheitsfront abgelehnt; diese Parteien halten das Konkordat für wichtiger als die Forderung des Glücks großer werksfähiger Bevölkerung.

Breslauer Magistrat gegen Lohnerhöhung

Breslau, 2. Juli.

Die am Sonnabend stattgefundenen Verhandlungen über die Neuheftung der Löhne für die städtischen Arbeiter Breslaus sind gescheitert. Der Magistrat weigert sich hartnäckig, die Gewerkschaftsordnung von 10 Pfennig pro Stunde zu bewilligen. Er wird in seiner Sitzung am Freitag zur Lohnfrage Stellung nehmen, und am Sonnabend sollen die Verhandlungen fortgesetzt werden. Gemeindearbeiter, organisiert den Kampf, denn ohne Kampf wird es nicht möglich sein, die Lohninfrage der 30 000 Arbeiter zu lösen. In bester Ordnung von 10 Pfennig durchzuführen.

Polizei raubt Arbeiterkapelle

Bei einem Umzug der Arbeitermusikskapellen in Dresden-Friedrichstadt wurde von der Polizei eine Kapelle beschlagnahmt unter der Begründung, daß diese die Kapelle des Roten Frontkämpferbundes sei. 22 Arbeiter wurden zwangsgeführt. Die Polizei ging in brutaler Weise mit Gummiknüppeln gegen die Arbeiter vor.

Landarbeiterinnen streiken

Auf dem Gut Oppendorf in Schleswig-Holstein sind vergangener Donnerstag 74 Frauen in den Streik getreten. Die Frauen wurden vom Arbeitsamt in Kiel zum Rübenhacken nach D. geschickt. Es wurden ihnen 30 Pfennige Stundenlohn mit Mittagessen versprochen. Da alle Frauen in Kiel wohnen mußten, hatten sie 3 1/2 Stunden Weg nach der Arbeitsstelle und zurück, so daß sie 13 Stunden für 2,70 Mark unterwegs waren. Das Mittagessen bestand aus einer bunten Bratze, in der einige Speckwürsten herumgeschwammen. Für diese 74 Frauen waren nur 20 Teller vorhanden. Die Frauen forderten 46 Pfennige Stundenlohn und wollten sich selbst beschäftigen. Dies wurde abgelehnt. Nachdem die Gutverwaltung jedes Zugeständnis abgelehnt hatte, haben die Frauen die Arbeit einmütig niedergelegt. Das Arbeitsamt hat darauf nach Verständigung mit dem Gutbesitzer den Frauen die Stempelkarte entzogen. Die Frauen verharren weiter im Streik!

Stahlhelmrummel und SPD-Führer

Das SPD-Organ in Bremerhaven, die „Norddeutsche Volksstimme“, veröffentlicht am 24. und 26. Juni ein großes Infertat: „An alle Deutschen!“ In diesem Infertat werden die Einwohner aufgefordert zur Teilnahme an einer Kundgebung gegen die Kriegsschuldfrage, bei der „vaterländische Lieder, Ansprachen, Verlesung einer Entschuldigungs-Deutschlandlied, Gebet der Deutschen, Zapfenstreich“ steigen. Die Kundgebung war einberufen vom Arbeitsausschuß deutscher Verbände an der Unterweser. Die SPD-Führer in Bremerhaven riefen also die Arbeiterklasse zum gemeinsamen nationalkatholischen und faschistischen Rummel auf. Über die Arbeiter in Bremerhaven machten einen Strich durch die Rechnung, so daß am 27. Juni dieselbe SPD-Zeitung, die einige Male das Infertat mit der Aufforderung zum Rummel gebracht hatte, eine Entschuldigungs-ADW, des NSB-Bundes, der SPD und des ADW, Unterbezirk Unterweser, veröffentlichte, in der die organisierte Arbeiterklasse den nationalkatholischen Rummel ablehnt, und die Arbeiter aufgefordert werden, der Veranstaltung fern zu bleiben.

Die Arbeiterklasse wird sich mit Empörung von dem offenen faschistischen Treiben der SPD-Führerschaft abwenden und Schulter an Schulter mit den Kommunisten gegen die imperialistischen Kriegstreiber marschieren.

Die Zollräuber lügen

Das SPD-„Volk“ in Jena und andere vom SPD-Pressesekretär inspirierte Blätter schreiben zu den Zollerrhöhungen: „Die sozialdemokratische Fraktion hat gegen diese Beschlüsse gestimmt, sie sind von der bürgerlichen Mehrheit angenommen worden.“

Eine hundsgemeine Lüge. Die SPD stimmte zu der Erhöhung des Mehlzolls um 50 Prozent durch den Abschluß eines Zusatzabkommens zum französischen Handelsvertrag!

Die SPD stimmte zu der Erhöhung des Butterzolls von 27,50 auf 50 Mark für den Doppelzentner. Die sozialdemokratische Fraktion gab ihre Zustimmung auch der Erhöhung des Zuckers und stimmte nur demagogisch gemeinsam mit den Kommunisten gegen einige andere Zölle, weil sie darüber bereits vorher mit den bürgerlichen Parteien feste Vereinbarungen getroffen hatte.

Nichts ist kennzeichnender dafür, wie die sozialdemokratischen Arbeiter von ihren Führern belogen und genasführt werden, als die Tatsache, daß z. B. die linke „Volkswacht“ in Breslau die Tatsache der Zustimmung zu den Zollerrhöhungen damit zu bemängeln versucht, daß sie in einem Leitartikel wieder einmal auf den „notwendigen Austritt aus der Regierung“ hinweist. Sie schreibt im Hinblick auf die noch kommenden Zollerrhöhungen:

„Unsere Reichstagsfraktion muß unerschütterlich und rückwärtslos die Kabinettsfrage stellen, um zu erreichen, daß ihren Forderungen Rechnung getragen wird. Zur Zeit ist es unseres Erachtens auch durchaus möglich, mit der entschlossenen Stellung der Kabinettsfrage zu erreichen, was wir wollen. Denn zur Zeit sind wir in der Regierung noch unentbehrlich. Das ist aber nur so lange der Fall, als die Reparationsfrage und die Rheinlandfrage nicht bereinigt sind.“

Mit anderen Worten. Der SPD-Leitartikel will sagen, daß die Trutzbourgeoisie der SPD-Führerschaft evtl. den verdienten Fuhrtritt gibt, wenn unter ihrer Führung erst die Lasten des Young-Plans etc. auf die Arbeiterklasse abgewälzt sind. Die SPD-Führer denken andererseits natürlich gar nicht daran, das zu tun, was die „Volkswacht“ den sozialdemokratischen Arbeitern vorpiegelt, nämlich auf Grund der neuen unerhörten Belastung des werksfähigen Volkes etwa aus der Regierung auszutreten. Im Gegenteil. Der Hunger- und Kriegsluxus wird verschärft fortgesetzt.

Abfuhr der Spalter bei den Leipziger Arbeiterathleten

Bekanntlich hat der Bundesvorstand des Arbeiter-Athletenbundes den Leipziger Athletenverein Eiche-Nord aus dem Bunde ausgeschlossen, weil dieser Verein seiner Solidarität mit den ausgeschlossenen Berliner Athleten wiederholt dadurch Ausdruck gab, daß er mit den Berlinern sportliche Wettkämpfe durchführte. Die Leipziger Bezirksleitung des AABD, die den ausgeschlossenen Verein führte, wurde daraufhin seitens des Bundesvorstandes ihrer Funktion enthoben. Dieser Tage fand im „Volkshaus“ Leipzig erneut eine von der abgesetzten Bezirksleitung einberufene Bezirksmitgliederversammlung statt. In dieser Bezirksmitgliederversammlung wurde außer der Teilnahme des ausgeschlossenen Vereins Eiche-Nord eine scharfe Protestresolution einstimmig beschließen.

Werttätige — Augen auf!

Massenmobilisation gegen Zollräuber

Die vergangene Woche stand im Zeichen von unerhörten Zollerhöhungen, d. h. der Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel der breiten Massen, wie Brot, Zucker und Butter, durch den Reichstag. Vielen Arbeitern ist infolge des dauernden Aufschubs, der Vertuschungsmanöver der kapitalistischen Parteien, und auch deswegen, weil ein großer Teil von Proletariern nicht näher mit der Zollfrage vertraut ist, noch gar nicht die Bedeutung der Zollerhöhungen zum Bewußtsein gekommen. Sie erkennen noch nicht die ungeheure Belastung, die dem Proletariat droht. Die Aufklärung, die Massenmobilisierung muß sie begreifen lehren, daß dieser neuerliche Raubzug gegen das Proletariat nur ein Teil der allgemeinen Offensive des Kapitals und der in seinem Auftrag stehenden Müller-Regierung zur Niederschlagung der Arbeiterschaft ist. Dagegen gilt es Front zu machen.

Was sind Zölle? Es gibt viele Arten. Sie sind fast durchweg, und insbesondere die obigen, eine Steuer besonderer Art, eine Steuer, die tief einschneidend die werttätige Bevölkerung trifft, und ihr Geld direkt aus den Taschen zieht. Nicht genug, daß der Arbeiter durch die Lohnsteuer sein Einkommen, im Gegensatz zu den Kapitalisten, die durch Verschleierung ihrer Einkünfte Hunderte von Millionen jährlich der Steuer entziehen, auf Heller und Pfennig verkleinert wird, werden ihm durch die Zölle weiterhin die Taschen geleert und sein erbärmliches Einkommen gekürzt.

Die Agrarzölle, um die es sich hier handelt, sollen die billige Einfuhr von Vieh, Zucker und Mehl aus dem Auslande verhindern. Der Zollausschlag fließt in Millionensummen in die Staatskassen, und durch die berücksichtigten Subventionen zur Hebung der Landwirtschaft wieder in die Kassen der Großgrundbesitzer. Durch den Zollausschlag auf diese wichtigsten Lebensmittel sind die Praxen der Arbeiter aber zugleich in der Lage — und das ist der ganze Zweck der Aktion — ihre eigenen landwirtschaftlichen Produkte zu entsprechend höheren Preisen, die den durch die Zölle erhöhten Preisen der Auslandswaren entsprechen, auf den Markt zu bringen. Das Ganze muß die Arbeiterschaft begreifen, daß es damit unmöglich gemacht wird, billige Produkte des Auslandes zu kaufen. Dieser Betrug, mit dem die Arbeiter ausgenutzt werden, ist so sehr, wie mit so vielen Klagen und Mandatieren der „nollebenden Landwirtschaft“ und der sie unterstützenden Parteien umgeben, daß der Prolet den ganzen Schwandel erst dann merkt, wenn es ihm erstlich durch die Verteuerung aller Lebensmittel an den Geldbeutel geht.

Welche ungeheuren Summen durch die Zölle den kapitalistischen Klassen in den Taschen geworfen werden, dafür nur ein Beispiel. Die Agrarzölle, wie Brot, Getreide, Kartoffeln und Zucker, um die es sich hier handelt, kommen ganz oder fast ausschließlich dem Großgrundbesitz zugute. Im Durchschnitt der Jahre 1920/25 wurden erzeugt: Brotgetreide 9 Millionen Tonnen, Kartoffeln 84,2 Millionen Tonnen. Der Zolllag betrug bei Brotgetreide 50 Mark pro Tonne, die Verteuerung also 460 Millionen Mark, bei Kartoffeln betrug er 5 Mark, die Verteuerung 171 Millionen jährlich. Beim Zucker schwanken die Berechnungen über den realen Ertrag, den der Zolllag für den Großgrundbesitz abwirft, zwischen 60 und 80 Millionen Mark jährlich, also weit mehr, als der Großgrundbesitz überhaupt Steuern zahlt. Nimmt man für Brotgetreide und Kartoffeln auch nur eine halbe Auswirkung der Zölle an (in Wahrheit schwankt sie um 60 Prozent), so ergibt sich allein bei diesen drei Zolllagern:

Brotgetreide	250 Millionen Mark
Kartoffeln	85 Millionen Mark
Zucker	70 Millionen Mark

Jährlich 865 Millionen Mark

Bei Zucker ist die Ausnutzung des Zolllages vollständig, weil dieses Produkt kartelliert ist. Diese alten Zahlen geben nur ein ungeheures Bild der Riesengewinne der Großgrundbesitzer wieder. Gerade in der letzten Woche nahmen die bürgerlichen Parteien teilweise mit offener, andererseits mit verheerender Zustimmung der SPD, die Anträge zur Erhöhung der Zölle für Brotgetreide von 50 auf 60 und 65 Mark, die Erhöhung des Butterzoll von 27,50 auf 50 Mark, und die Erhöhung des Zuckerzoll um 1,50 pro Tonne, an, die die obigen Gewinne noch beträchtlich steigern lassen. Hinzu kommen die noch nicht genannten Zölle auf Futtermittel, Fleisch und die übrigen kleinen Agrarzölle, die den Großgrundbesitzern jährlich viele Hunderte von Millionen Mark mühelos in den Schoß werfen, und die alle zusammen reiflos vom Proletariat und den werttätigen Mittelschichten aufgebracht werden müssen.

Es ist klar, daß die bürgerlichen Parteien selten in so gemeinsamer Front zusammenstehen, als wenn es sich um Zoll erhöhungen handelt. Neben der Schwerindustrie, die ihrerseits in ähnlicher Weise mit Industriezweigen abgepreßt wird — eine Hand schlägt die andere — besteht bei den Deutschnationalen und der Volkspartei der großgrundbesitzliche Flügel die Politik. Bei den Sozialdemokraten haben die Bauhütten der Getreidebesitzer usw. das ausschlaggebende Wort zu sprechen. Und im Zentrum verhält sich eine äußerst geschickte demagogische Politik aus Rücksicht auf die zahlreichen Zentrumskandidaten, auch nur notdürftig die Tatsache, daß nicht deren Interessen, sondern die der schwerkapitalistischen und agrarischen Zentrumschichten für die Zentrumspolitik maßgebend sind. Noch immer hat das Zentrum in entscheidenden Momenten den Großgrundbesitzern zu ihren Zöllen und Riesengewinnen verholfen.

Und die SPD? Vor dem Kriege hat sie wiederholt die Arbeiterschaft zu Kundendemonstrationen gegen die Zollräuber und Lebensmittelwucherer aufgerufen und auch manchen Sieg errungen. Jetzt steht sie in einer Front mit den Zollräubern gegen die Arbeiterschaft. Im Interesse der Koalitionspolitik, als Hüter der kapitalistischen Republik, stellt sie sich schäudernd vor den Profit auch der Großgrundbesitzer. Die letzte Woche hat dies eindeutigsten denn je bewiesen. Der Verteuerung des Brotes, des Zuckers, der Butter, stimmte sie unbedenklich zu. Alle Anträge der kommunistischen Fraktion auf Beibehaltung der bisherigen Schutzzölle, auf Zollfreiheit für die wichtigsten Nahrungsmittel der arbeitenden Massen, wurden in gemeinsamer Front von den Deutschnationalen bis zu den SPD-Führern abgelehnt.

Die Werttätigen Deutschlands müssen erkennen, was ist. Keine Partei außer den Kommunisten ist gewillt, mit aller revolutionären Energie den Kampf gegen die Zollräuber und die drohende ungeheure Verteuerung aller Lebensmittel aufzunehmen und durchzuführen. Schon für den Herbst durch die Koalitionsregierung Müller und ihren Ernährungsminister neue Zollerhöhungen für Getreide usw. angefündigt.

Die Parole lautet: Herunter mit den Zöllen! Hinauf mit den Löhnen! Entgegen dem Willen der Unternehmer, die natürlich auch von einem annähernden Ausgleich zwischen der allgemeinen Ver-

teuerung der Lebensmittel und den hundsmäßigen Löhnen durch eine Erhöhung der letzteren nichts wissen wollen; entgegen die reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, die analog der Zustimmung der SPD-Führer zur Zollerhöhung jeden Kampf um Lohnerrückung sabotieren und zu verhindern versuchen werden, muß die Arbeiterschaft Lohnerrückungen und Zollabbau durch revolutionäre Kampfmaßnahmen erringen. Und noch eins. Die Hungersoffensive der Zoll-

räuber steht im engsten Zusammenhang und ist quasi die Voraussetzung gegenüber der durch Hunger und den Kampf ums tägliche Brot ermüdeten Arbeiterschaft, die imperialistischen Kriegspläne zu verwirklichen.

Die neue Klassenfront wird durch gewaltige Massendemonstrationen, insbesondere am 1. August, ihre Kampfbereitschaft gegen den Hungertod der imperialistischen Kriegsheer verkünden.

Hastverlängerung für „N.F.“-Redakteure

Untersuchungsrichter verlangt Bruch des Redaktionsgeheimnisses

Die „N.F.“ berichtet: Die Haftprüfungsverhandlung vor dem Untersuchungsrichter des Reichsgerichts, Landgerichtsdirektor Braune, gegen den Genossen Hirsch, der die erste „N.F.“ Nummer nach dem 1. Mai verantwortlich gezeichnet hatte, endete mit der Ablehnung der Haftentlassung, trotz Klärung aller aufgeworfenen Fragen. Genosse Hirsch übernahm die volle Verantwortung für den Inhalt des Blattes. Er erklärte zur Frage des Fluchtverdachts, daß gerade angesichts der Notwendigkeit, die Schuld an den Materialquellen in öffentlicher Gerichtsverhandlung zu klären, es eines Kommunisten unwürdig sein würde, sich durch die Flucht dieser Verhandlung zu entziehen.

Die Abteilung IA der politischen Polizei hatte den Versuch gemacht, durch eine Mittennotiz den Genossen Hirsch als fluchtverdächtig zu denunzieren. Genosse Hirsch konnte antworten, daß er zu allen Strafverhandlungen gegen ihn, bisher auf freiem Fuß befindlich, erschienen sei. Er klärte den Ursprung dieser Notiz und die un wahre Angabe, er hätte sich der Strafvollstreckung nach seiner Verurteilung zu 1 1/2 Jahren Festungshaft entzogen, auf, indem er auf die Belege über seine amtärztlich anerkannte Haftunfähigkeit hinwies.

Außer dem Fluchtverdacht war der Haftbefehl auch mit Verdunkelungsgefahr begründet, obwohl der Gegenstand der Anschuldiung, drei Artikel in der betreffenden Zeitung, einen eindeutigen klaren Tatbestand bilden. Der Untersuchungsrichter verlangte zur Befestigung der angeblichen Verdunkelung, daß die Verfasser der Artikel genannt werden!

Das gepriesene demokratische Vorrecht der Verschwiegenheit des Redakteurs, das selbst die bürgerliche Presse stets gegen alle Angriffe verteidigt, wird in der Area des Sozialfaschismus als Mittel angegeben, um die Untersuchungshaft zu verlängern.

Die Bemühungen des Untersuchungsrichters waren vergeblich. Genosse Hirsch bekannte, daß er als einziger Redakteur dieses Blatt geleitet und selbst der Verfasser dieses Artikels sei. Er legte dar, wie Kriminalbeamte, die das Karl-Liebknecht-Haus umstellt hatten, den Abtransport des fertiggestellten Blattes verhinderten. Erst als ein Probeexemplar durch einen Beamten dem Polizeipräsidenten vorgelegt und dort fast 24 Stunden verblieben war, ohne beanstandet oder beschlagnahmt zu werden, ist die Expedition dieser Zeitungsnnummer erfolgt.

Die Aufrechterhaltung der Haft gegen einen politischen Redakteur, der wegen einer Veröffentlichung in einer politischen Zeitung angeschuldigt wird, zeigt eine besondere Verschärfung der Justizverfolgung an. Die Redakteure Steinicke, Hauschild und Dr. Klepper sind noch im Frühjahr dieses Jahres und mit der gleichen Hochverratsanklage auf freiem Fuß vor dem Reichsgericht erschienen. Heute hält man dagegen selbst unseren Genossen Slang, von dem die Justiz genau weiß, daß er als Feuilletonredakteur praktisch tätig war, in Untersuchungshaft!

Die beiden Redakteure der „Roten Fahne“ werden weiter in Haft gehalten, trotzdem selbst nach der üblichen bürgerlichen Justizpraxis dafür keinerlei Grund vorliegt und auch die Haftprüfungsverhandlung keinerlei neue Gründe zutage fördern konnte, während der F e m e r d e r S c h u l z freigelassen wurde.

Aus der Praxis des sozialistischen Aufbaues

Im Stadt und Land — überall gewaltige Fortschritte

Für den Ausbau der Maschinenbauindustrie in Leningrad werden für das am 1. Oktober beginnende Wirtschaftsjahr 40 Millionen Rubel mehr bewilligt. Der Wert der Maschinenbauproduktion in Leningrad, der im letzten Jahre 109 Millionen Rubel betrug, wird im nächsten Jahre 132 Millionen Rubel betragen. Die Fabrik Krasnij Butilowicz wird statt wie bisher 3000, 4000 Traktoren herstellen.

Neue Schächte im Kohlengebiet. Aus Stalin wird gemeldet, daß der Bau eines neuen Schacht Nr. 17 in Angriff genommen wurde, der 650 000 Tonnen Kohle jährlich ergeben wird. Der Bau des Schachtes wird nach den neuesten technischen Methoden durchgeführt, der Betrieb vollkommen mechanisiert werden.

Kollektivwirtschaften im Vormarsch. Aus Moronesch wird gemeldet, daß die dortigen Kollektivwirtschaften mit den kooperativen wichtige Verträge abgeschlossen haben, die den Proteinfuttermitteln 900 000 Doppelzentner Getreide und 100 000 Doppelzentner Sonnenblumenblüten sichern.

Im Uralgebiet wurde im Kreis Irbitz eine gewaltige Kollektivwirtschaft gebildet, mit 134 000 Hektar Gebiet. Die Kollektivwirtschaft wird in den nächsten Tagen 57 Traktoren erhalten.

Der Nordkaukasus wird traktoriert. Das nordkaukasische Gebiet wird für die Herbstkampagne 1240 Traktoren erhalten. Darunter befinden sich 600 Stück amerikanische Großtraktoren, 407 große und 120 kleine Traktoren, die in Sowjetrußland hergestellt werden.

Neuer Durchbruch der Kreditlasten. Der Donugol-Trust hat mit der amerikanischen Firma Roberts & Schaffer in Chicago einen Vertrag über den Bau von fünf großen Schächten im Dongebiet abgeschlossen. Die Schächte werden eine Produktionskapazität von

3,5 Millionen Tonnen aufweisen. Die Arbeiten werden in 13 Monaten beendet werden. Die maschinelle Ausrüstung der Schächte wird von sowjetrußischen Fabriken geliefert werden.

Die Gowjetpresse zum 10. Jahrestag von Versailles

Moskau, 28. Juni.

Die heutige „Pravda“ schreibt zum 10. Jahrestag der Unterzeichnung des Versailler „Friedens“-Vertrages:

Der 10. Jahrestag des Versailler Vertrages fällt mit der totalen Verschärfung der Klassengegenstände, der internationalen imperialistischen Gegenstände, und auch mit einer gesteigerten Kriegsvorbereitung der Imperialisten gegen die Sowjetunion zusammen. In diesen zehn Jahren ist die Sowjetmacht, entgegen den Wünschen und den Voraussagen von Versailles und des internationalen Sozialreformismus, stark gewachsen. Sie wurde zum Hort aller Kräfte, die gegen den Weltimperialismus kämpfen. Das von Versailles betrogene internationale Proletariat hat sich in großen Kämpfen abgehärtet und eine gewaltige Waffe, die Komintern, geschmiedet, die den ersten historisch günstigen Augenblick für den letzten entscheidenden Kampf ausnützen wird.

Die „3 westja“ betonen, daß die Sowjetunion stets Gegner des Versailler Systems war, das die ununterbrochenen Ausrüstungen und Kriegsbünde zur Unterdrückung von einzelnen Ländern und Völkern heiligte. Das Versailler System verschärfte die Gegenstände zwischen den kapitalistischen Staaten Europas, und zwischen dem Imperialismus Europas und dem Imperialismus der Vereinigten Staaten.

Das 14. Kreisfest der Berliner Arbeitersportler

Die Ergebnisse der einzelnen Wettläufe

Leichtathletik

Männer. Wettlauf: 1. Sweden-Norwegen 6:33 Meter; 2. Jilmärinen-Finland 6:34 Meter; 3. Koller-Fichte-Berlin 6:30 M.; 200-Meter-Lauf: 1. La pol a 23,2 Sek.; 2. Amkl 23,4 Sek.; 3. Birantän 23,8 Sek., sämtlich Finnland; 4. Merlich-Fichte 23,9 Sek.; 3000-Meter-Lauf: 1. Behnor-Essen 9:18,7 Min.; 2. Oliesg-FSU 9,25 Min. — Diskuswerfen: 1. Finjeler-Lichtenberg 33,47 Mtr.; 2. Reinhardt-FSU 32,21 Meter. — Speerwerfen: 1. Jensen-Norwegen 53,51 Meter; 2. John-Röpenit 50,73 Meter. — 5000-Meter-Lauf: 1. Behnor-Essen 16:06,9 Min.; 2. Eriksen-Norwegen 16:14,7 Minuten. — 100-Meter-Lauf: 1. Birantän 11,1 Sek., 2. Amkl 11,3 Sek., 3. Lapola 11,4 Sek., sämtlich Finnland; 4. Wolf-Essen 11,8 Sek. — Stabhochsprung: 1. Peng-Schönnow 3,22 Meter; 2. Holbt-Fichte 3,12 Meter. — Kugelstoßen: 1. Behn-Sparta 11,79 Mtr.; 2. Wolf-Essen 11,10 Mtr. — Stossetten: 3 mal 1000 Mtr.: 1. FSU 8:16,3 Min.; 2. Fichte-Wilmersdorf 8:27,3 Min. — 4 mal 100 Meter: 1. Finnland 45 Sek.; 2. Sparta und Fichte II je 48 Sek. — 10 mal 100 Meter: 1. Fichte SD. 1:55,0 Min. 2. FSU 1:56 Min. — Hochsprung: 1. Heiligessen-Norwegen 1,83 Meter; 2. Jilmärinen-Finland 1,73 Meter; 3. John-Röpenit 1,68 Meter. — 100-Meter-Hürden: 1. Beyer-FSU 59,4 Min. (neue Bundeshöchstleistung); 2. Goffe-Spandau 61,7 Min.

Frauen. 10 mal 100 Meter: 1. Fichte-Südost 2:24,8 Min.; 2. Fichte & Gr. 2:26,2 Min. — Kugelstoßen: 1. Mainz-Schönnow 7,45 Meter; 2. Appel-Fichte 7,18 Meter. — Kleine Olympische (200, 50, 50, 100): 1. Fichte-Südost 57,3 Sek.; 2. Fichte XII 57,8 Sek. — 100 Meter: 1. Dieb I-Fichte Südost 13,5 Sekunden. — Hochsprung:

1. Dieb I-Fichte Südost 1,40 Mtr. — 800 Meter: 1. Rehagen-Neutal 2:49,4 Min.; 2. Bethge-Fichte Mitte 2:51,6 Min.

Schwimmen

100-Meter-Seitenschwimmen: 1. Miete-Weißensee 1:21,4 Min.; 2. Fiebler, Fr. Schwimmer Rodden, 1,24 Min. — Männliche Jugendstaffette 4 mal 50 Meter: Freie Schwimmer Norden 2:32,1 Minuten. — Männer-Brust-Staffette 6 mal 50 Meter: Vorwärts-Berlin 4:13,4 Min. Männer-Freitill-Staffette 4 mal 100 Meter: Vorwärts-Berlin 5:20 Min., Fichte 5:30 Min. — Jugend-Freitill 100 Meter: Mitle-Borwärts, Schulz-Oberthönnewede, beide 1:16,2 Min. — Männer-Brustschwimmen: Neumann-Borwärts 3:12,2 Min. — 100-Meter-Männer-Müdenschwimmen: Reformal-Frankreich 1:28 Min., Hahn-Vorwärts 1:26,6 Min. — Männer-Brustschwimmen 100 Meter: Neumann-Borwärts 1:27,5 Min., Hallama-Prag 1:27,6 Min., Langbecker-Fichte 1:28,2 Min. — Laugenstaffette Frauen 3 mal 100 Mtr.: Fr. Schwimmer Norden 5:13,2 Min. — Wasserballspiele: Fichte gegen Paris 2:0, Vorwärts-Berlin gegen Paris 4:1, Fichte-Berlin gegen Halle 5:3, Delamig gegen Berlin 2:2.

Berlin gegen Schweden 4:1 (2:0).

Die Gäste wählen die Sonne im Rücken. Beide Mannschaften sind zunächst sehr aufgeregt. Die Berliner finden sich zuerst, kombinieren besser wie die Gäste und sind von nun an im Feldspiel sichtlich überlegen. Doch erst in der 35. Minute bringt ein Kopfbal des Halbblinden den ersten Erfolg. Berlin spielt nun sichtlich überlegen, und fünf Minuten vor Halbzeit ist glücklich der 2:0-Stand erreicht. Mit Beginn der zweiten Hälfte legen die Schweden mächtig los, doch alle Anstrengungen sind vergebens. Schon drei Minuten nach Wiederanfang kann Berlins Mittelstürmer durch prachtvollen Schuß das 3:0-Tor erreichen. Wieder erfolgen schon eingeleitete Durchbrüche der Schweden und jetzt fällt auch das längst verdiente Eigentor. Berlin erwidert jedoch sehr schnell und durch den Halbblinden wird der Schlusstand von 4:1 hergestellt. — Am Mittwoch spielen die Schweden ihr zweites Spiel auf dem Wör-Platz und treten dann ihre Reise durch Deutschland an.

Helf den Ausgesperrten Sammelt für die IAL

Die werktätige Frau

Am 20. und 21. Juli in Breslau:

Zweites Rotes Frauentreffen

Am 20. und 21. Juli sollen zum zweiten Male die werktätigen Frauen Schlesiens und Oberschlesiens in Breslau aufmarschieren.

65 000 Textilarbeiter, darunter mehr als 30 000 Frauen, in Schlesiens sind durch die Willkürherrschaft der Textilgewaltigen ausgesperrt. Unter den erbärmlichsten Löhnen schufteten die Massen der Arbeiterinnen in den Fabriken, viele Tausende erwerbslose Frauen hungern bei kärglicher Unterstützung. Landarbeiterinnen stöhnen unter dem Joch der Großgrundbesitzer bei sechzehnständiger Arbeitszeit für einige Bettelpfennige.

Schlesische Frauen! Beweist an unserem Aufmarsch, daß ihr bereit seid, die Fesseln der Unterdrückung und Knechtschaft abzuschütteln.

Die Bourgeoisie geht mit verstärkter Werbung an die Arbeiterinnen heran, um sie einzufangen für den drohenden imperialistischen Krieg. Nationalistische Frauenvereine im Verein mit den Werkfürsorgerinnen sind die ausführenden Organe der Kriegshetzer.

Schlesische Frauen! Auch ihr müßt in den Reihen derer stehen, die den Kampf gegen den imperialistischen Krieg organisieren. Frauen aus Stadt und Land, marschier mit uns an unserem Gaultreffen!

Was sagt die proletarische Frau zur Kriegsgefahr?

„Ich werde noch in die Maschine fallen...“

Wir sollen über unsere Kriegserinnerungen berichten. Oft denke ich mit Schrecken: Vielleicht haben die Arbeiterfrauen schon alles wieder vergessen, sie sind so gleichgültig, so mutlos gegenüber allem Elend und aller Not geworden.

Wir dürfen und können nicht vergessen, was wir gelitten und gehungert haben. Für wen, frage ich Euch?

Ich will also beginnen und berichten, und hoffe, daß es auch noch viele andere Arbeiterinnen und -mädchen tun.

Ich denke 12 Jahre zurück. 1917. Wie viele andere Frauen, so „diente“ damals auch meine Mutter „dem Vaterland“. Das heißt, sie arbeitete als Postauswärtige und war froh, überhaupt eine solche Arbeit zu haben. Wenn ich mich morgens mit hungrigem Magen und zitternden Beinen erhob, dann kam sie bleich und todmüde vom Nachtdienst heim. Pakete verladen, schwere Wagen ziehen, abladen, das war ihre Tätigkeit während der Nacht.

Während wir uns fertig machten, stellte sie uns das „Frühstück“ auf den Tisch, meist waren es gedehnte Kohlrüben, oder schmutzige Kartoffelknollen. Beim Anblick stieg uns der Groll hoch. „Ich kann diesen elenden Fraß nicht mehr essen“, schrie mein Bruder gequält. „Ich kann kaum noch stehen vor Hunger, ich werde noch eines Tages in die Maschine fallen“, sagte er verzweifelt. Die Mutter weinte. Ich konnte den Anblick nicht mehr ertragen und ging schnell weg.

Im Geschäft unterhielt ich mich mit meinen Kolleginnen über die Lüge und Gänge Hinneg. Es hatte ja jeder so unbeschreiblich hart, das elende Leben. Alles fragte: Für wen das alles? Warum müssen wir das alles ertragen? Mitten in unsere Gedankengänge hinein flatterte ein Extrablatt: „10 000 Russen in den wahren Hölle angekommen!“ Ich begann mich noch genau, daß meine Kollegin neben mir sagte: „Die armen Soldaten, es sind ja doch auch Menschen.“ Leider erkannten wir damals die Zusammenhänge noch nicht, aber 12 Jahre nach Kriegsende müßten allen Arbeiterinnen und Ar-

beiterfrauen die Augen geöffnet haben. Wer trägt noch heute an den Kosten des Krieges? Nur die Arbeiterklasse; so ist es in allen Ländern. Nur in Rußland, dem Arbeiterland, geht der Aufbau aller Schwerkriegsindustrien vorwärts. Sollten wir nicht auch den Mut aufbringen, alles einzusetzen, um unsere Bedrücker abzuschütteln? Erst dann wird es keine Kriegsgefahr mehr geben. Solange wir das nicht

erreichen, wird die Gefahr eines neuen Krieges immer vor uns stehen.

Nun, Arbeiterinnen, Arbeiterfrauen, schreibt auch Eure Gedanken nieder.

(Alle Zuschriften für die „Werktätige Frau“ sind an die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ zu richten.)

In aller Welt rüsten die werktätigen Frauen zum 1. August

In allen Städten, in allen Dörfern, überall dort, wo Frauen vom Kapitalismus ausgebeutet werden, ruft die kommunistische Internationale die werktätigen Frauen auf, am 1. August mit dem internationalen Proletariat zu demonstrieren gegen den imperialistischen Krieg. In den verschiedensten Ländern, wo die Vorbereitungen zu diesem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse getroffen werden, kam es zu Zusammenstößen mit der bürgerlichen Staatsgewalt. Überall standen die Frauen mit in den vordersten Reihen. Heroisch haben die Frauen des roten Weddings und von Neuß in den ersten blutigen Mattagen dem Verbot der Zügel gelehrt. Gummiknüppel, Maschinengewehre und die hiesige Mißhandlungen haben die Frauen nicht von der Straße vertrieben, immer wieder waren sie an der Spitze der Demonstrationen. Das tapfere Verhalten der Berliner Arbeiterinnen hat bei den Frauen der ganzen Welt Widerhall gefunden.

In Sofia, der Hauptstadt Bulgariens, schoß die Polizei am 1. Mai in die demonstrierende Menge. Als der Redner verhaftet werden sollte, waren es die Arbeiterinnen, die dies durch ihr mutiges Dazwischentreten verhinderten. Bei den Vorbereitungen zu den Demonstrationen beteiligten sich die bulgarischen Arbeiterinnen aktiv und riefen die Arbeiterklasse in den Betrieben zur Arbeitsruhe auf. Auch bei den Wahlen waren es überall die Frauen, die für die revolutionären Lösungen agitieren. Da die Frauen in Bulgarien kein Wahlrecht besitzen, wurden viele wegen ihrer Teilnahme am Wahlkampf verhaftet. Auch in dem gegenwärtig geführten Streik der Tabalarbeiter sind es die Frauen, die führend vorangehen.

Die „Mauer der Föderierten“, an der Pariser Kommune-Kämpfer erschossen wurden, ist alljährlich das Ziel einer Demonstration der revolutionären Pariser Arbeiterklasse. Am 28. Mai galt diese Demonstration nicht nur den Opfern der Pariser Kommune,

sondern sie war getragen von dem Willen des Pariser Proletariats, den Kampf zu organisieren gegen die imperialistische Kriegshetze. Die im „Bund zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg“ vereinigten Frauen marschierten entschlossen und kampfgewillt mit ihren Klassenbrüdern auf. Auch hier kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Diefelben Methoden wie in Berlin, werden auch in Paris angewandt. Die Demonstration wurde verboten, aber trotz dieses Verbotes marschierten Arbeiterinnenmassen mit ihren Protestplakaten durch die Straßen und entrollten ihre roten Fahnen. Willkürlich schürzte sich auch hier die Polizei auf die Frauen. Aber die französischen Ordnungsbefehle stießen genau auf denselben Widerstand, wie bei den Weddinger Arbeiterfrauen, sie ließen sich nicht schrecken und waren bereit zur Arbeit. Unbelebte Frauen, die gegen solche Polizeimittel protestierten, wurden erbar mungslos niedergeschlagen, Frauen erhielten Fußtritte in den Leib. Aber ihre roten Kampffahnen haben die Pariser Frauen verteidigt, keine fiel in die Hände der Ordnungshüter.

Trotz der Verhinderungsbemühungen der Polizei marschierten Männer und Frauen in endlosen Zügen vor der „Mauer der Föderierten“ auf, wo die kampfschlüssigen Frauen jubelnd von der Menge begrüßt wurden.

So zeigt sich in der Welt überall das gleiche Bild. Bis auf die Zähne bewaffnete Polizei als Beschützer der herrschenden Klasse wird auf friedlich demonstrierende Arbeiter losgelassen. Doch alle diese Kämpfe werden nur dazu beitragen, das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse zu stärken.

Am 1. August, dem internationalen roten Tag, werden auch neue die Arbeiterinnen mit ihren Arbeitsbrüdern zu Hunderttausenden die Betriebe verlassen, laut und unerschrocken wird der Ruf durch die Straßen hallen:

Nieder mit dem imperialistischen Kriege!

Schlesische Textilarbeiterinnen schreiben:

17 Mark Spitzenlohn pro Woche

Aus der Arbeit des NSFW.

Breslauer Genossinnen auf Hauspropaganda

A. R. Am letzten Sonntag sammelten wir uns, 12 Frauen, zur Hauspropaganda, mit Arbeiter-Zeitungen und unserer „Frauenwacht“. Wir hatten uns vorgenommen, die Frauen der Kometen des verbotenen NSFW aufzusuchen, um sie für die rote Klassenfront zu gewinnen. Schnell waren wir in einzelne Gruppen eingeteilt und bearbeiteten einige Häuser in Scheitnig. Manchmal wurde uns die Tür vor der Nase zugeschlagen, doch in den meisten Wohnungen diskutierten wir über den Schandstreik Severings, der glaubt, durch ein Verbot der NSFW, und die rote Front vernichten zu können. Die Annahme der neuen Zölle gab uns gleichfalls Gelegenheit, den Frauen zu sagen, daß sich Brot, Kartoffeln und die wichtigsten Lebensmittel in den nächsten Wochen noch mehr verteuern werden.

Unter Erfolg war ein guter. Neben einer großen Anzahl Arbeiterzeitungen verkauften wir 76 Frauenwachen, und konnten auch einige Abonnenten für die Arbeiter-Zeitung gewinnen.

Bei der Firma F. W. Grünfeld, Landeshut, machen Frauen und Jugendliche die gleiche Arbeit wie die Männer. Trotzdem erhalten sie 10 Prozent weniger Lohn. Bei 32stündiger Monatschulterzeit bekommt eine Frau rund 17 Mark, ein Weber 19,25 Mark. Unser Elend bei diesen Hungerlöhnen ist kaum zu beschreiben.

Letzter Wochenlohn eine Mark

Ich arbeite bei der Firma Methner und Frajme, Landeshut. Vor einiger Zeit hatten wir durch Vermittlung des Unternehmers Kohlen bekommen, die ratenweise vom Wochenlohn abgezahlt werden sollten. Als nun die Aussperrung von den schlesischen Fabrikanten durchgeführt wurde, zogen sie den ganzen Restbetrag für die Kohlen auf einen Schlag ab. Am letzten Tag mußte ich darum mit einer einzigen Mark in der Lohnkassette zu meinen hungernden Kindern gehen. Durch solche Schikanen wollen die Fabrikanten uns zwingen, uns möglichst bald wieder zum früheren Hungerlohn für die schwere Akkordarbeit anzubieten. Aber wir Frauen wollen trotz all unserem Elend tapfer im Kampf um unsere Forderungen aushalten.

Partei- und Bundesgenossinnen vom RFMB! * Werktätige Frauen von Schlesien!
Habt Ihr schon Stellung genommen zum 2. Schlesischen Frauengautreffen am 20. und 21. Juli in Breslau?
Berichtet uns über Eure Vorbereitungen!

Von der Wäscherin zur Ärztin

Ich möchte meinen ausländischen Arbeitsschwestern erzählen, für wen ich jetzt in der UdSSR die Hochschulen ihre Türen geöffnet haben. Ich heiße Katharina Stanova, bin Studentin der II. Moskauer Staatlichen Universität und besuche den letzten Kursus der medizinischen Fakultät.

Gebürtig bin ich aus dem Gouvernemen: Lissa, Kreis Dobojew, und komme aus einer armen Bauernfamilie des Dorfes Kischnejo Zlatowa.

Mein Vater hatte kaum einen Hektar Land für eine Familie, die aus fünf Personen bestand. Im Zarenrußland erhielten nur die männlichen Erben Land zugeteilt, und da mein Vater der einzige Mann in unserer Familie war, hatten wir wenig Land. Dazu war es noch sehr unfruchtbar, denn wir besaßen keinen Dünger, daher besaßen wir uns in großer Not. Meine Eltern mußten als Lohnarbeiter beim benachbarten Gutbesitzer arbeiten, und schon von meinem fünften Jahre an war ich die einzige Hüterin des Hauses und Beschützerin meiner zwei jüngeren Geschwister. Vom achten Jahre an fing ich schon selbst zu arbeiten an und ging ebenfalls zum Gutbesitzer jäten, Kartoffeln sammeln, im Frühling die Obstbäume umgeben und andere Gartenarbeiten verrichten, für welche wir pro Arbeitstag, d. h. Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, 12 bis 15 Kopeten erhielten. Dieser Mann hatte ein sehr sauberes Lohnsystem, zahlte nicht für die Leistungsfähigkeit, sondern für den Wunsch, und da ich hochgewachsen war, erhielt ich den Höchstlohn von 15 Kopeten. Mit 13 Jahren blieb ich als einzige Arbeiterin zu Hause, da mein Vater in Petersburg eine Anstellung erhalten hatte. In diesem Alter habe ich allein mit dem Holzspinn gepflügt, habe gemäht, geschneitten, gedroschen und alle anderen Landarbeiten verrichtet.

Durch sein Analphabetentum hatte mein Vater viel in der Stadt zu leiden. Er war Hausknecht und sollte das Holz in die einzelnen Wohnungen austragen und die Post austragen, was ohne Lesekenntnis für ihn sehr schwer war. Darum hatte er beschloffen, seinen Kindern diese Schande und die unnötigen Qualen zu ersparen und

besah, mich in die Schule zu schicken. Die Schule lag vier Kilometer von unserem Dorf. Mit acht Jahren brachte mich meine Mutter im Winter hin, ungeachtet der Proteste unserer Nachbarn und des Spottes der übrigen Kinder. In der Schule war ich das einzige Mädchen unter 70 Knaben, die mich auf dem Heimwege neckten und auslachten. Auf der Straße verfolgten mich die Mädchen, riefen mir verschiedene Spöttereien nach, nannten mich „Gelehrte“ und behaupteten, mein Vater wolle mich an einen Schreiber verheiraten. Ich weinte bittere Tränen und beschwor meine Mutter, mich aus der Schule zu nehmen. Im Stillen war sie mit mir vollständig einverstanden, wagte es aber nicht zu tun, weil sie sich vor dem Zorn meines Vaters fürchtete. Anderthalb Wochen hielt ich es aus, dann aber lief ich weg und erklärte kategorisch, daß ich nie mehr lernen werde.

Ich erreichte das 16. Jahr. In diesem Alter sind bei uns die Mädchen schon mündig, werden als „Bräute“ bezeichnet und können eine Ehe schließen. In dieser Zeit begannen Mutter und Haus zu kommen. Mein Vater, der selbst das böse Los eines armen Bauern zur Genüge kennen gelernt hatte, wollte mich für keinen Fall an einen Armen verheiraten. Die Reichen lehrten aber nicht zu uns ein, weil unser Haus sehr arm aussah. Da ich keinen Ausweg sah, beschloß ich in die Stadt zu gehen und dort Arbeit zu suchen. Bei uns war es aber Sitte, daß ein Mädchen, welches das Dorf verläßt, schon von niemandem aus den benachbarten Dörfern geheiratet wird, weil sie als „verdorben“ betrachtet wird. Da mein Vater mich vor diesem bösen Geschick und den Beschimpfungen unserer Bauern schützen wollte, fuhr er mit mir zum Papen Georgius, welcher mir seinen Segen und auch ein „göttliches“ Geleit, d. h. ein Dokument, in dem angezeigt wird, wie eine anständige Jungfrau sich zu betragen hat, wobei auf verschiedene Heilige Bezug genommen wird. (Dieses kuriose Dokument besitze ich noch heute zur Heiterkeit meiner Bekannten.)

Ich begab mich nach Petersburg (ins heutige Leningrad) zu meinem Onkel, der mich in eine Waisenhaut als Wäscherin an-

stellte. Dort habe ich drei Jahre gearbeitet, dann ging ich zu „Derrschastin“ als Köchin. Fünf Jahre (bis 1920) arbeitete ich in verschiedenen Häusern als Köchin. Im April desselben Jahres begann ich die Kurse zur Liquidierung des Analphabetentums zu besuchen. Nach fünf Monaten konnte ich schon fließend lesen und schreiben und die ersten Regeln der Arithmetik. Zu dieser Zeit gab ich meine Stellung als Köchin auf und suchte mir eine Anstellung in einem Sowjetbüro als Auswärtige. Dieses Büro gab mir eine „Komandirovka“ (Anordnung) in die Arbeiterfakultät „Porkowski“ in Moskau, wo ich in die Vorbereitungsgruppe aufgenommen wurde. Ueber meine Kenntnisse werdet ihr euch ein gewisses Bild machen können, wenn ich sage, daß ich im Examen nicht 105 durch 5 dividieren konnte (heute sind die Vorkenntnisse für die Arbeiterfakultät erhöht). Tagsüber arbeitete ich im Büro und abends arbeitete ich in der Fakultät. Im Jahre 1922 ging ich als Arbeiterin in den Textilbetrieb „Tschegornaja Manufaktura“, wo ich in der Bleicherei und Baderei tätig war. Mein Studium setzte ich fort. Im Januar 1924 beendete ich die Arbeiterfakultät, bestand meine Prüfung und wurde ohne Examen, auf Grund des erhaltenen Zeugnisses, in die I. Universität, medizinische Fakultät, aufgenommen. Da ich ein staatliches Stipendium im Betrag von 20 Rubel monatlich zugesprochen erhielt, gab ich meine Stellung im Betrieb auf. Eine ständige Arbeit ist auch beim Studium der Medizin fast unmöglich, da wir sehr viel zu tun haben, uns den ganzen Tag in der Universität und später in den Kliniken aufhalten. Natürlich war es mir sehr schwer, mit 20 Rubeln durchzukommen, und ich habe mir anfangs durch manuelle Arbeit, späterhin, vom dritten Kursus an, als Krankenpflegerin, etwas dazu verdient. In der Klinik zahlte man für eine Nachtwache 5 Rubel.

In diesem Jahre hoffe ich mein Studium abzuschließen und will mich in der Lungentuberkulose spezialisieren.

Berühmte Genossinnen, ich glaube, durch diese schlichte, kurze und wahrheitsgetreue Schilderung meines Lebens mehr als durch lange Propagandaartikel euch bewiesen zu haben, wie leicht es jetzt der werktätigen Frau in der UdSSR möglich ist, sich den Weg zur Kenntnis und zum Wissen zu öffnen.

K. Stanova, UdSSR, Moskau, Soljanka 1/181, Moskau, den 1. 8. 1929.

Waldenburger Bergland

Arbeiterportier, bleibt fern!

Sagt das Reichsbanner zur Verfassungsfestfeier allein!

Wie überall, hat das Reichsbanner auch im Waldenburger Bezirk ausgeharrt. Einen kampfhaften Versuch unternimmt man jetzt, indem man am 11. August zur Verfassungsfestfeier aufruft. Um die eigene Schwäche zu verdecken und aktive Klassenbewusste Arbeiter zu lockern, wandte sich die Reichsbanner-Verwaltung an das Bezirkskartell der Arbeiterportiervereine mit dem Ersuchen, die Vereine aufzufordern, mitzurummeln. Es wurden seitens des Vorstandes also an alle Vereine Rundschreiben verfaßt mit dem Ersuchen um Teilnahme in Sportkleidung, mit der Begründung angegebener finanzieller Unterstützung durch die Regierung und Beteiligung am Ueberfluß des Reichsbanners!

Mit anderen Worten heißt das: Wer nicht mitmacht, kriegt keine finanzielle Hilfe aus Steuergeldern.

Das ist nichts anderes als Korruption mit dem Ziel, die „bundes-treuen“ Sportvereine zu Organen des Sozialfaschismus zu machen! Arbeiterportier! Lehnt dieses Aninnen geschlossene ab! Ganze Kartelle und Kreise hat man wegen „politischen Un-treuen“, weil sie mit den Kommunisten sympathisierten, ausge-schlossen, und jetzt soll politische Betätigung, allerdings sozial-faschistische, offen betrieben werden. Denkt an die Einstellung führender Sozialdemokraten in der Regierung zum Arbeiter- und zum bürgerlichen Sport! Laßt euch nicht lockern! Eure Fahne ist rot und euer Ziel der Sozialismus. Mögen diejenigen die Hinden-burg-Republik feiern, die an der Futterrippe sitzen und die Arbeiter-interessen verraten!

Klamauk im Ober-Büßtegersdorfer Gemeindeparlament

Am 27. Juni fand eine Gemeindevertreterversammlung in Oberbüßtegersdorf statt. Nach Erledigung von einigen kleinen Vorlagen wurde der Etat angenommen. Es wurden die Steuererträge vom vergangenen Jahre beibehalten. In diesem Etat hatte man für alles Geld übrig, aber z. B. nichts für die Säuglingsfürsorge. Dann lagen zwei Entwürfe zur Bewilligung von Freistellen für die gehobenen Klassen vor, die aber abgelehnt wurden, wobei der Justizsekretär Herzog, der übrigens ein großer Arbeiterfeind ist, erklärte, daß die Löhne der Bergarbeiter sehr hoch sind und es einem Bergarbeiter möglich ist, die Kosten zum „höheren“ Schulbesuch selbst aufzubringen. Wir möchten nur dem Justizsekretär raten, doch einmal mit einem Bergarbeiter das Gehalt zu tauschen. Oder vielleicht schickt er einmal seinen erwerbslosen Sohn auf die Grube, da kann er sich ja einmal den enormen Lohn verdienen. Für die ausgesperrten Textil-arbeiter hatte man ebenfalls nichts übrig. Man will nur den „Allerbedürftigsten“, wenn sie sich verpflichten, denselben vom Lohne später sich abziehen zu lassen, einen Vorstoß gewähren. Man konnte auch hierbei wiederum sehen, daß die Sozialdemo-kraten nicht besser als die Bürgerlichen sind, denn sie hatten auch nichts dagegen einzuwenden, daß man den Vorstoß den Textilarbeitern von ihren Hungerlöhnen abziehen will. Bei Punkt 9 der Tagesordnung, „Anträge und Verschiedenes“, spielte sich ein ergötzliches Schauspiel ab, das wir der Arbeiterschaft nicht vorenthalten wollen. Das Reichsbanner hatte nämlich zu seiner Fahnenweihe den deutschnationalen Gemeindevorsteher Hanke und die stahelhelmschischen Gemeindevorsteher eingeladen, die aber nicht erschienen waren. Das Reichsbanner war natürlich über diesen Vorstoß sehr erbost, denn es wäre doch sooo schön gewesen, wenn ein befrachteter deutschnationaler Gemeindevorsteher an der Spitze marschiert wäre. Und so hatten sie ihren Kerger in einem Artikel in der „Bergwacht“ Luft gemacht, den der Gemeindevorsteher in der Sitzung angeschleppt brachte. Sofort schwoll natürlich auf beiden Seiten der schwarzweißrotgelbe Kamm an und sie sagten sich so nach treudeutscher Art gegenseitig ihre Meinung, wobei auch die Stahelhelmsch beteuerten, Republikaner zu sein. Was wir ihnen auch glauben. Zum Schluß war man aber auf beiden Seiten wieder bereit, sich gegenseitig wie bisher zu vertragen. Und keine von beiden Parteien wollte den Streit begonnen haben.

Freiburg

Die hiesige Polizei will ehrliche Arbeiter bestechen

Am Freitag hatte die kommunistische Partei zu einer öffentlichen Versammlung ausgerufen. Genosse Müller sprach über „Zehn Jahre Versailles Vertrag und die neuen Laiken des Young-Planes“. Die Versammlung war gut besucht. Die Stimmung war ausgezeichnet, wie die Diskussion bewies. Mit dem Beginn der Internationalen wurde die Versammlung geschlossen. Die Polizei erschien zweimal in der Kundgebung, aber sie verdrängte sich bald immer wieder. Schade, denn ein Arbeiter brachte ein Erlebnis zur Sprache, das große Empörung auslöste. Die Freiburger Polizei kennt allem Anschein nach nur zweierlei: Kampf gegen die revolutionäre Arbeiter-schaft und — Posten- und Titelhascherei. Am Feste des Motorclubs sind über Nacht zwei schwarzweißrote Fahnen gestohlen worden. Polizei-meister Matschinsky ließ einen „aufgelösten“ Roten Frontkämpfer zu sich kommen

und versprach ihm 20 Mark, wenn er verraten würde, wer die Fahnen heruntergeholt hatte.

Der Genosse wußte natürlich nichts. Anderen Tages kam ein Polizeibe-amter und verlangte die verschwundenen Fahnen von ihm. Erst bot man 20 Mark Belohnung für Spitzelbierste an, dann beschuldigte man vollkommen Unschuldige. Auch sonst versucht man allerhand Recherchen. Ehemalige KZB-Kameraden müssen auf die Polizei kommen, weil sie KZB-Abzeichen tragen sollen usw. Am meisten scheint es der Polizei der Verkauf der „Arbeiter-Zeitung“ angetan zu haben. Alles mögliche stellt man an, um den Verkauf zu hintertreiben. Doch es wird ihnen nicht gelingen. Mögen sie es sich merken: Jeder Schlag, der geführt wird, wird pariert!

Stadtoberordnetenversammlung

Trotzdem die Tagesordnung nur acht Punkte umfaßte, dauerte die Sitzung volle drei Stunden. Speziell bei dem Punkt „Haushalts-plan 1929/30“ war sich die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft noch nicht einig, ob sie ihn mit seinen 70 000 Mark Fehlbetrag annehmen sollte oder nicht. Die Sitzung fand mit einer Unterbrechung statt, welche von der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft gewünscht wurde. Zur Sitzung selbst:

„Bergwacht“-Schmierfink verleumdet Liebauer JAG.

Er will sich durch Lügen bei den SPD'isten dafür erkenntlich zeigen, daß er auf eine „Schule“ geschickt wurde.

Aus Liebau wird uns geschrieben: Die „Bergwacht“ Nr. 147 bringt einen Artikel mit der Ueberschrift: „Die Rote Hilfe sammelt, nur weiß man nicht, für wen!“ — Sehen den Erwerbslosen noch nicht die Augen auf? Daß der Berichterstatter dieses Papiers, der Betriebsratsvorsitzende der Glas-hütte von Liebau, die Rote Hilfe nicht von der Internationalen Arbeiterhilfe unterscheiden kann, ist bezeichnend. Für die ausgesperrten Textilarbeiter wurden durch die Internationale Arbeiterhilfe nicht 150 Mark gesammelt, wie er in seinem Schmutzartikel angibt, sondern es sind durch die Sammlung 68,50 Mark eingekommen und 45 Mark wurden vom Landesauschuß überwiesen, somit konnte ein Betrag von 113,50 Mark zur Verteilung kommen, der an die Unorganisierten sowie auch zur Hälfte an die organisierten Textilarbeiter kam. Nach unserer Meinung müßte das dem Lügenbold genügen, daß er für die Zukunft sich etwas besser über solche Sachen orientiert. Weiterhin sei noch gesagt, daß in Schönbach nicht 30 Mark, sondern 20 Mark gesammelt worden sind. Jeder ausgesperrte Textilarbeiter (51 sind in Frage gekommen) hat folgendes erhalten: ein Brot, ein Pfund Zucker, ein Pfund Butter, ein halbes Pfund Malzstosse und zwei Pfund Mehl. Familien mit kleinen Kindern erhielten außerdem ein Liter Milch. Der elende Lügenwicht müßte sich etwas schämen, zu behaupten, die Ausgesperrten hätten nur ein Brot und ein halbes Pfund Butter erhalten. Vielleicht erkundigt er sich bei denen, die die Nahrungsmittel erhielten. Betreffs des Filmes „Die Mutter“ ist es ebenfalls ausgemachter Schwindel, daß nur 50 Besucher anwesend waren. Wegen der Kosten des Filmes schlagen wir ihm vor, sich an die Filmgesellschaft Leipzig zu wenden

Der Stadtoberordnete der der Arbeitervereinsfürsorge im Be-trage von 901,65 Mark wurde einstimmig zugestimmt. Bei der Ober-realschule ist eine Dachumbedung erforderlich. Genehmigt wurde bei Ausschreibung der Kostenschätzung die teure Bedingung, um sie für längere Dauer zu erhalten. Die Rücklagen sollen dazu verwendet werden. Das Gasgeld soll von 21 auf 25 Pf. und das Wassergeld von 25 auf 35 Pf. erhöht werden. Es wurde vorgeschlagen, die letzten drei Punkte miteinander zu verbinden, dem auch stattgegeben wurde, um später zu beraten. Inzwischen stellte die kommunistische Fraktion zwei Anträge: einen für die Erwerbslosen und den zweiten für die bedürftigen Textilarbeiter. Der erstere wurde mit elf Stimmen der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft gegen neun Stimmen abgelehnt. Für Arbeitsbeschaffung will auf unseren Vorschlag und Anregung hin der Magistrat Schritte unternehmen. Beim zweiten Antrage stimmten noch zwei Bürgerliche dafür, so daß den bedürftigen Textilarbeitern eine Beihilfe zugute kommt. Auf eine Anfrage unseres Genossen, wer das Geld für „Ehren-geschenke“ der Stadt genehmigt sowie schwarzweißrote Fahnen auf-ziehen läßt, antwortete der Bürgermeister: der Magistrat habe 25 Mk. bewilligt sowie dem Verein mitgeteilt, daß seine Vereinsfahne nicht mehr aufgehängt werden dürfen. (Arbeiterportier, wie verhält man sich gegen euch?)

Der Zuschauerraum war von Erwerbslosen dicht besetzt, und diese konnten mit eigenen Augen sehen, wer die Interessen der Armen ver-tritt. In der geheimen Sitzung wurde der Gehaltsregulierung eines Beamten zugestimmt sowie die weiteren Schritte zur Bürger-meisterwahl genehmigt. Nach einer Pause und einer längeren Debatte wurden die Gebühren erhöht und die der Haushalts-plan abgelehnt. Unser Genosse hatte dazu spezielle Berechnun-gen angeführt und die Ungerechtigkeit gegenüber der merktätigen Be-völkerung aufgezeigt. Zugestimmt wurde noch, daß die alten Steuer-zuschläge vorläufig weiter erhoben werden sollen.

Jauer

Wieder eine Mühle niedergebrannt

In der Nacht zu gestern erwichte Frau Mühlenbesitzer Häu-ler von der Sachsenmühle in Pränsitz plötzlich infolge Brüllens der Rube. Die Eheleute mußten feststellen, daß das Wohnhaus bereits in hellen Flammen stand, die schon vom Dache hinausgeschlugen. Lösch-hilfe mußte erst aus dem entferntesten Dorfe herbeigebracht werden. Es gelang nur, das an das Wohnhaus angrenzende Stallgebäude zu retten.

Niederschlesien

Görlitz

Stadtoberordnetenversammlung

Wohnungsnot in Görlitz; darum bewilligen Bürgerliche und Sozialdemokraten Arrestzellen für die Reichswehr.

In der letzten Sitzung vor den Ferien fanden nicht weniger als 23 Punkte auf der Tagesordnung. Nach Einführung von zwei neuen sozialdemokratischen Stadtoberordneten und verschiedenen Beschlüssen für Kommissionen und Deputationen wurde die Finanzsach-kommission unter Hinzuziehung eines Mitgliedes der Fraktion der Deutschen Volkspartei beauftragt, während der Ferien die Stadt-verwaltung zu vertreten. Weitere Vorlagen betrafen Zustand-sehungen, bauliche Veränderungen an städtischen Gebäuden, Neu-anlegungen von Straßen usw. Für den Umbau des Kaiser-trahes für Museumszwecke und für den Umbau des Reichs-waues sowie die Schaffung von Arrestzellen für die Reichs-wehr an Stelle der im Kaisertrah befindlichen wurden 31 667 Mark aus Anleihemitteln gefordert. Die Genossen Liebelt und Ullrich wandten gegen diese Vorlagen und forderten für das Geld Wohnungen zu bauen. Rehis war mit der SPD-Fraktion natürlich anderer Meinung. Er sah die Notwendigkeit des Wohnungs-baues nicht ein, sondern meinte, daß die Ausführung obiger Bauten der „Würde der Stadt durchaus entspreche“. Unsere Genossen wiesen darauf hin, daß es hahnebüchen ist, daß die Reichswehr, deren Etat 700 Millionen beträgt, von einer Kommune, die wie alle anderen sich in finanzieller Notlage befindet, fordern kann, Mittel für den Bau von Arrestzellen bereitzustellen. Wenn der Vertrag, der zwischen der Stadt und der Reichswehr über die bisherige Benutzung des Kaiser-trahes besteht, vorliegt, daß nur die Reichswehr ihn kündigen kann, dann ist es ein Vertrag, der zumindest gegen die guten Sitten ver-stößt. In dieser Vorlage kann jeder Arbeiter klar erkennen, um wie viele Millionen der Etat der Reichswehr sich noch erhöht, wenn die Reichswehr mit derartigen Forderungen bei den Kommunen durch-bringt.

Auch die Straßenbahn beschäftigte wieder einmal die Ver-sammlung. Die Straßenbahn lehnte es ab, den Eisenbahnhal-b-Ringverkehr bis zum Untermarkt durchzuführen und plant da-für eine neue Linie durch die Gasprihlstraße bis zum Eingang des neuen Friedhofs. Auf dem Wege des Ergänzungsverfahrens soll gegen die Straßenbahn vorgegangen werden, weil sie es ablehnt, an die Stadt bei der Eingemeindung von Leiswitz eine Bruttoabgabe zu zahlen für die dort neu zu errichtende Straße.

In Batschke soll der erste Stiel im Bauwesen als Staben-

hort und Jugendheim eingerichtet werden. Die Kosten hierfür wurden bewilligt.

Dem Arbeiter-Sängerbund wurde zur Durchführung des Bezirkskonzertes am 8. September eine Beihilfe von 500 Mark bewilligt.

Die blutigen Maierereignisse in Berlin im Lichtbild

Neue Dienstag im Konzerthaus, 20 Uhr

Goldberg

Vom Juge überfahren und getötet

Der Piegitzer Eisenbahnverein unternahm am Sonntag im Sonderzug einen Ausflug nach Liebau. Auf der Rückfahrt stiegen abends in Goldberg, wo nur ein Aufenthalt von einer Minute vor-gesehen war, eine größere Anzahl von Fahrgästen aus, um ihren Durst zu löschen. Als sie bei der Abfahrt des Zuges zu den Abteilen hürzten, glitt die Ehefrau des Gepäckträgers Bergen aus und fiel so unglücklich zwischen die Wagen, daß ihr beide Beine abgefahren wurden. Sie verstarb kurz darauf. Mehrere andere Personen wurden ebenfalls verletzt, konnten aber die Weiterfahrt antreten.

Haynau

Ein Auto fährt die Böschung hinab. In der Nacht zum Montag, kurz vor Witternachts, fuhr eine von dem hier stadtgebundenen Sänger-fest zurückkommende Heine Opel-Empfangne in der gefährlichen Steu-dniger Kurve die dort drei Meter tiefe Böschung hinab. Das Auto sankte gegen einen Baum und wurde zertrümmert. Von den drei Insassen erlitten zwei leichtere Verletzungen, vor allem Schnittwunden. Der dritte Insasse wurde erheblich verletzt und ins Krankenhaus eingeliefert.

Ein Kind ertrank. In einem unbewachten Augenblick stürzte das dreijährige Töchterchen eines Arbeiters in Görlitz in den Mühlgraben und ertrank.

Liegnitz

Ein Lehrling als Eittlichkeitsverbreiter

Die Liegnitzer Kriminalpolizei verhaftete am Montag einen acht-zehnjährigen Steinmetzlehrling aus Jauer, der sich wiederholt Eittlich-keitsverbrechen zuschulden kommen ließ. Er kam extra von Jauer nach Liegnitz und beging sich in fünf Fällen an einem Orchester-

Glogau

Zum Tode verurteilt

Das Schwurgericht verurteilte den Schmied Wilhelm Görtz aus Kühnau wegen Mordes zum Tode und wegen Mordversuchs zu 15 Jahren Zuchthaus. Görtz hatte seinen Schwager niedergeschossen und seine Schwägerin schwer verletzt.

Aus dem Riesengebirge

Hirschberger Reichsbanner als Stahlhelmerlat

In Hirschberg haben wir ein Reichsbanner, das sich bemüht, kahlhelmsch als der Stahlhelm zu sein. Am Freitag hat es das wieder einmal bewiesen. Da demonstrierte es nämlich vor wegen der „Verfallener Schmach“. Und nicht nur deswegen; gleichzeitig rief es auch zum Protest gegen die „Kriegsschuldlinge“ auf und ließ sich von den Behörden beschleunigen, daß es das einzig berufene und patent-isierte Protestorgan gegen den bösen „Erschein“ ist. Die Nationalisten von ganz Hirschberg haben an den braven schwarzrotgelben Untertanen an diesem Tage ihre helle Freude gehabt. Gerüchtweise verlautet, daß die Hirschberger Stahlhelmsch eingeleitet haben, daß sie als eigene Organisation glatt überflüssig sind, worauf sie geschlossen, Mann für Mann dem Reichsbanner beigetreten. Der „Kriegsschuld“-Protest-rummel wird noch standalöser, wenn man in der sogenannten „Bolschei-zung für das Riesengebirge“ ein großes Inferat liest, in dem auch der Ortsauschuß der angeblich freien Gewerkschaften und des Ar-beitersportkartell zur Beteiligung an dem „Kriegsschuld“-Protest-rufen. Ein toller Standal! Gewerkschaftler, Arbeiterportier, zieht die Leute, die diesen nationalistischen Rummel aufgezo-gen haben, zur Verantwortung, jagt sie zum Teufel!

Die Petersdorfer Post rächt sich

Nachdem das Postamt Petersdorf durch unseren letzten Artikel in hellsten Aufruhr versetzt worden ist, versuchte man die Schuld dieser Störung unserem Genossen Grafalle in die Schuhe zu schieben — allerdings mit Unrecht. Um nun diesen unbedeutenen Mitarbeiter le-zu werden, hat man vorgestern diesem Genossen gelündigt! Angeblich wegen Mangels an Arbeit. Es ist nur verwunderlich, daß am gleichen Tage ein neuer Helfer seine Tätigkeit am Postamt aufnahm. Wahrscheinlich eine leichte Methode, Klassenbewusste Proleten aus der Arbeit zu entfernen! Wir werden auch fernherin jede Gelegenheit wahrnehmen, der faschistischen Clique auf die Finger zu zeigen.

Tausende demonstrieren mit der KPD.

Polizeiprovokationen — Fünf Verhaftungen in Gleiwitz — Raub der Arbeiter-Schulmeientabelle in Neustadt — Demonstrierenden wird mit Militär gedroht

Die kommunistische Partei rief die ober-schlesische Arbeiter-schaft für Sonntag, den 30. Juni, zu Kundgebungen und Demonstrationen auf. Tausende Arbeiter folgten dem Rufe ihrer Führerin, der KPD, um wütend gegen verschärfte Ausbeutung durch den Schand-friedensvertrag von Versailles zu demonstrieren, um dem national-litischen Theater über die Kriegsschuldfrage die Antwort zu erteilen.

Gleiwitz

Gegen 10 Uhr sammelten sich die Arbeiter und Arbeiterfrauen am Pralauer Platz. Ein großes Schupoangebot des Sozialdemokraten Bed war im Feuerwehrdepot untergebracht. Als plötzlich einige Arbeiter mit den Kläusen des verbotenen KFD belästigt zur Kund-gebung erschienen, stürzte sich die Polizeimeute auf diese und ver-haftete sie. Der Arbeiter bemächtigte sich darüber eine berechtig-empörung. Fünf Arbeiter wurden so verhaftet. Bei dem Transport nach dem Präsidium quittierte das die Menge mit

donnernden Rot-Front-Rufen.

Auf dem Pralauer Platz sprachen die Genossen Schulz und Ende, M. d. R. Ihre Worte wurden mit lebhaftem Beifall von den Arbeitern aufgenommen. Ein weiterer Arbeiter in KFD-Kleidung wurde während der Rede des Genossen Ende von den Arbeitern in die Mitte genommen, so daß die Schupo nicht wagte, auch diesen zu verhaften. Hiernach formierte sich die Kundgebung zur Demon-stration nach dem Ringe. Der städtische Zug wurde von der Schupo ab-fertigt. Auf der Wilhelmstraße sperrte die Polizei die Bürger-straße ab, damit die Kundgebung am Ringe abgeschwächt werden sollte. Nebstall in den Straßen lauerte Bed's Polizei. Am Ringe waren mehr als 1000 Menschen versammelt. Auch der Polizei-präsident Bed war dort, unter dem Schutze seiner Polizeiknöpfe. Dieser Schutz gestattete ihm auch, sich wie ein Clown zu be-nehmen. Die nachmaligen Ausführungen der Genossen Schulz und Ende wurden zwischendurch lebhaft begrüßt. Pfuirufe gegen Bed's Provokation, der Verhaftung der Arbeiter, erschollen tausendstimmig. Mit einem dreimaligen Hoch auf die KPD wurde die Kundgebung dann beendet.

Hindenburg

Trotz des schönen Wetters kamen am Sonntag mehr als tausend Arbeiter zu der von der KPD einberufenen Kundgebung. Bed's Polizei war stark aufgeföhren und nahm eine herausfordernde Stellung ein. Die Arbeiter aber ließen sich nicht provozieren. Auf dem Keizersheimplatz sprachen die Genossen Jendrosch und Wyszka gegen den vor zehn Jahren abgeschlossenen Friedens-vertrag und die damit verbundene verschärfte Ausbeutung des Proletariats. Eine wichtige Demonstration schloß die Kund-gebung ab.

Beuthen

Am Sonnabend marschierte hier die Arbeiterschaft unter der Führung der KPD wieder auf. Zahlreich kamen die Arbeiter auf

Hungeretat der Stadt Hindenburg verabschiedet

Eine Million Mark Defizit — Bürgerblock und SPD überlassen der Regierung die zwangswelke Steuererhöhung — Drofflung aller sozialen und kulturellen Ausgaben

Der Hungeretat der Stadt Hindenburg ist nach viertägigen Be-ratungen mit einem Defizit von einer Million gegen die Stim-men der Kommunisten angenommen. Die hungerlich-sozial-demokratische Presse behauptet, es sei ein Defizit von nur 645 113 M. Diese Behauptung ist eine freche Lüge, und zwar deshalb, weil der Magistrat einen Betrag von 350 000 Mark zum Staatsausgleich ein-gesetzt hat, obwohl die Regierung keine bindende Zusage, ob die Stadt diesen Betrag bestimmt erhalte, gemacht hat. Es ist eine feststehende Tatsache, daß bereits im vorigen Etat Beiträge als Staatsbeiträgen eingezahlt waren, die nie der Staat gezahlt hat.

Eine Erhöhung der Zuschläge zur Gewerbe- und Grundver-mögenssteuer ist nicht beschlossen worden. Zentrum und die Rechte haben für die Erhöhung der Grundvermögenssteuer für bebaut Grundstücke, die eine weitere Steigerung der Miete zur Folge hat, gestimmt. Die Sozialdemokraten und die Mittelstandspartei waren gegen eine Erhöhung, weil sie genau wissen, daß die Regierung, in der die Sozialdemokratie die Führung hat, zwangswelke eingreifen wird. Ihre Haltung ist ein Doppelspiel. Die Mittelstands-partei unter Führung des Kaufmanns Beschla führte auch nur einen Etieranz auf. Um das Defizit nicht so hoch erscheinen zu lassen, verlangte man die Erhöhung der Lebensmittelpreise, obwohl man sich klar darüber war, daß die Beträge nicht einkommen. Das „große“ Interesse, das diese Mittelstandsvertreter an den Tag legten, war, daß sie den größten Teil der Beratungen schwa-n-ten.

Die kommunistische Fraktion beantragte die Streichung von 331 000 Mark Zuschuß an die städtische Polizei und Verwendung dieser Mittel für soziale Zwecke. Genosse Schieron sprach zum Polizeirat und zeigte die Stellung der Kommunisten zum Klassen-staat und seiner Polizei auf und erklärte, daß wir diesem System keinen Pfennig bewilligen. Genosse Sch. zeigte dabei auch einige traurige Fälle der Arbeit der Polizei in Hindenburg auf. Gegen die Stimmen der Amtsgesellen wurde der Polizeirat genehmigt. Zum Etat der Bauverwaltung machte Genosse Wyszka längere Ausführungen. Vor allem behandelte er das Wohnungsbauproblem, und kritisierte in schärfster Form dessen Unzulänglichkeit. Die Kommunisten forderten verstärkten Arbeiterwohnungsbaun und eine Mietzinspolitik, die jedem Wohnungsuchenden den Bezug einer Neubauwohnung ermöglicht. Die Kürzungsvorschläge des Zentrums bei den Gebäudeunterhaltungskosten für Volksschulen, Notstandsflächen, Stützungsheim und bei den städtischen Reinerwerbungen lehnen wir Kommunisten ab. Wir fordern Erhöhung der Staatsanleihe. Ferner betrautete Genosse B. die Baupolitik des Stadtbauamts. Die Ab-stimmung ergab die Ablehnung der kommunistischen Anträge mit

dem Ringe zusammen, wo der Reichstagsabgeordnete Genosse Ende sprach. Seine Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall auf-genommen. Die Arbeiterschaft formierte sich anschließend zu einem Demonstrationsumzug durch die Stadt.

Ratibor

Sonntag vormittag fand auf dem Ringe eine wichtige Kund-gebung statt. Genosse Ballgud sprach zu den Ratiborer Arbeitern. In einer Demonstration antworteten die Arbeiter zugleich auf den Aufruf der nationalitischen Verbände gegen die Kriegsschuldfrage. Die Polizei, die stark vertreten war, machte diesmal keine Ausfälle.

Oppeln

Zu der am Sonntag stattgefundenen Kundgebung der KPD waren die Oppelner Arbeiter wieder zahlreich erschienen. Am Schützenhaus war Sammelplatz. Mit Transparenten ging es im Demonstrationsumzug durch die Stadt nach dem Rathaus. Dort sprach der Kundgebungsredner in der Panzertrouzerkampagne, Landtags-abgeordneter Schulz, unter dem Beifall der Arbeiter. Nach dieser Kundgebung setzte sich die Demonstration fort und löste sich wieder am Schützenhaus auf.

Neustadt

Schon vor Beginn der Kundgebung zeigten sich die Arbeiter-massen auf dem Ringe und gruppierten sich um die Kapelle des Ar-beiternachvereins. Alles schien in geordneter Form vor sich zu gehen. Da plötzlich kam

die Polizei und versuchte die Instrumente der Arbeiterkapelle zu beschlagnahmen.

Die Stiere in einem Pongellamaden wüteten die Felder, und nur der Besonnenheit der Arbeiter von Neustadt ist es zu verdanken, daß ein Blutbad verhindert wurde. Schon griff einer der Achtgroßen-jungen nach der Pishole um damit die Republik zu schützen vor den Edmen einer kleinen Schulmeientabelle. Ungeheuer wurde die Em-pörung der Arbeiterschaft und immer größere Massen schlossen sich der Kundgebung an. In drohenden Tönen brachte die Masse ihre Meinung über die „Ordnungshüter“ der Republik zum Ausdruck. Von den Referenten wurde das Verhalten der Polizei in das rechte Licht gestellt und die heutige Republik als das gekennzeichnet, was sie in Wirklichkeit ist und was die Kundgebungen der Sozialdemo-kraten mit dem Hungertum gegen den Versailles Vertrag zu be-deuten haben.

Die Begeisterung der Massen nach den Ausführungen der Redner ging nun dem Polizeigewaltigen Giller so auf die Nerven, daß er seinen anderen Ausweg mehr sah, als wie das in A. befindliche Reiterregiment gegen die Demon-stranten zur Hilfe zu holen.

Die Arbeiterschaft von Neustadt hat durch diese traurigen Maßnahmen der Polizei eine Lehre bekommen, die ihr die Augen schneller öffnen wird als wie dies der Polizei erwünscht ist. Die Polizei hat wirklich ihr Möglichstes getan, um den Arbeitern das, was die Redner schon ausführen, noch zu unterstreichen und sie fester an die KPD zu schweißen.

den Stimmen des Bürgerblocks und der SPD. Unendlich darf nicht bleiben, daß das Zentrum die Kürzung der Unterhaltungskosten für Volksschulen um 25 000 Mark, obwohl der Magistrat schon 151 700 Mark abgesetzt hatte, forderte. Der KPD-Antrag auf Ermäßigung der Abgabepreise, damit auch wirklich die breiten Schichten das Stadi-bad in Anspruch nehmen können, ist mit Hilfe des Sozialdemokraten Jawellel abgewürgt worden. Den Wichtigen Wiltungsw-erwaltung, und Wolschlyrt werden wir in einem besonderen Artikel die Stellung der Parteien behandeln.

Der gegen die Stimmen der Kommunisten angenommene Hun-geretat muß unter den wertvollen Schichten die größte Empörung hervorrufen und sie zum verstärkten Kampf gegen die bürgerlich-sozialdemokratische Herrschaft in der Kommune bewegen, wenn sie nicht wollen, daß diese verbrecherische Staatspolitik auf ihrem Rücken ausgetragen wird. Auf zum Kampf gegen diese Bürger der arbei-tenden Klasse.

Gleiwitz

Selbstmord

Am 30. Juni, gegen 7.30 Uhr, wurde ein 55jähriger Arbeiter aus Gleiwitz von seinem Schwiegerohn in der zur Wohnung gehörenden Bodenlammer mit einem Leibriemen an der Türklinke erhängt auf-gefunden. Nach der Feststellung des Arztes muß der Tod gegen 6 Uhr eingetreten sein. Das Motiv zur Tat dürfte Schwermut sein, da die Ehefrau des Toten im städtischen Krankenhaus schwerer darniederliegt. Die Leiche wurde nach der Leichenhalle des Polizei-präsidiums geschafft.

Auf der Straße

Am 27. Juni geriet in der Marienstraße durch Explosion des Ver-gasers das Auto des Fleischhauers Artur Siebel in Brand. Den Chauffeur trifft keine Schuld. Das Vorderteil des Autos ist voll-ständig unbrauchbar.

Am 30. Juni brannte infolge Kurzschlusses an der Oberwall-strasse, Ecke Turnstrasse, ein Straßenbahnwagen vollständig aus. Per-sonen sind nicht zu Schaden gekommen.

Vom Arbeitsmarkt in Gleiwitz

Infolge Junganges steigt die Arbeitsmarktlage im Zeichen einer nur mäßigen Entlastung. Es liegen noch 3087 — 2814 männliche und 275 weibliche Arbeitsgesuche zur Vermittlung vor. Die Arbeits-loseverföherung erhalten 1734 — 1508 männliche und 226 weib-

liche Arbeitslose. Die Kriegsmittelverföherung ergaben 447 — 418 männ-liche und 20 weibliche Personen. Ausgesteuert wurden 24 Arbeits-lose. Mit Notstandsarbeiten werden 654 Arbeitslose beschäftigt. Die meisten Erwerbslosen befinden sich in der Gruppe der Metallver-arbeitung mit 887 Personen, ihr folgt die Gruppe Lohmarbeit wech-sehender Art mit 751 und die Gruppe der kaufmännischen Angestellten mit 435 Stellungslosen.

Die gesetzliche Miete für Juli

Die gesetzliche Miete bleibt auf Grund der Verordnung des Preußischen Staatsministeriums vom 26. März 1927 für den Monat Juli 1929 gegen den Vormonat Juni 1929 unverändert. Es sind sonach für den Monat Juli 1929 zu erheben: 116 Prozent der Frie-bensmiete, sofern der Mieter die Schönheitsreparaturen ausführt, 120 Prozent der Friedensmiete, sofern der Vermieter die Schönheits-reparaturen ausführt. Der oben ist umlagefähig; der 100 v. H. über-schreitende Betrag des kommunalen Zuschlags zur Grundvermögens-steuer.

Das Schwurgericht

Beschäftigt sich in seiner dritten Periode noch am 6. Juli mit der An-klage wegen verübter Mordes, fahrlässiger Tötung und unbefugten Waffenschusses gegen den Schlosser R. Czogallik aus Hinder-burg-Jaborze.

Hindenburg

Auf den Schienen

In der Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli wurde auf der Bahn-strecke Sosniza — Ratoschau ein Mann in schwerverletztem Zustande aufgefunden, der sich anscheinend in selbstmörderischer Ab-sicht auf die Schienen gelegt hatte. Er befindet sich zurzeit ohne Bestimmung im städtischen Krankenhaus. Seine Personalien stehen noch nicht fest. Er ist etwa 20 Jahre alt, hat volles Gesicht, über-kämmtes Haar und trägt einen dunklen, blauvioletten Anzug. In seinem Besitz befanden sich ein Programm der Apollo-Bühnen-Hin-denburg, eine Photographie, zwei junge Leute darstellend. Eine unbeschriebene Neujahrskarte sowie ein Bild einer Filmschauspielerin. Personen, die über die Persönlichkeit des Verletzten Auskunft geben können, werden gebeten, sich bei der Kriminalpolizei Hindenburg, Zimmer 28, zu melden.

Beuthen

Größte Miete für Juli

Der Magistrat gibt bekannt, daß, nachdem vom 1. Juli 1929 ab als kommunaler Zuschlag zur staatlichen Grundvermögenssteuer nicht mehr 275, sondern 270 vom Hundert zur Erhebung kommen, Beträge von demselben Zeitpunkt ab die gesetzliche Miete bei Grund-stücken, aus denen die Stadtgemeinde die Gemütskur befördert und der Mieter die Müllabfuhrgebühren an die Steuerklasse entrichtet, ferner der Mieter die Schönheitsreparaturen selbst trägt, nicht mehr 121 Prozent, sondern 122 Prozent.

Das ist die Auswirkung der arbeitereindlichen Beschlüsse der letzten Stadtverordnetenversammlung. Arbeiter, kleine Angestellte, die Politik der Einheitsfront von Deutschnationalen, Zentrum und So-zialdemokraten führt ihr nun an Eurer Tasche. Bis zu den Kom-munalarbeiten werdet ihr noch mehr spüren. Gebt diesen Greiber dann die Dultung.

Mikulschütz

Noch ein Stück Sozialfürsorge

U. R. Ein gar trauriges Kapitel ist das Gebiet der Sozialpolitik. Vor einigen Tagen erst brachte die „Arbeiter-Zeitung“ ein trasses Beispiel dafür. Hier ist ein weiteres Stück der Sozialfürsorge. Weil die Unfallrentenbesitzer nicht mit ihren paar Pfennigen Rente aus-kommen, verlangen sie noch einen Zuschuß von der Gemeinde. Die's genährt ihnen auch noch ein paar Pfennige. Laut Fürsorgegesetz verlangt aber die Gemeinde dafür eine Arbeitsleistung. Die Unfall-rentenbesitzer, meistens Witwen, müssen nun, um mit ihren Kindern nicht zu verhungern, arbeiten gehen. Daß einige von diesen Be-dauernswerten fast nicht mehr körperlich arbeiten können, stört die Gemeinde gar nicht. Und das nennt sich dann „Sozialfürsorge“.

Kreuzburg

Pilze suchen verboten

Wieder hören wir von einer neuen Schandtat des Magistrats gegen die arbeitende Bevölkerung. Der Magistrat verbietet das Ver-treten des Stadtwaldes außerhalb der öffentlichen Wege. Das ge-schieht zu dem Zweck, daß die ärmere Bevölkerung nicht mehr die Möglichkeit hat, Beeren und Pilze zu kauen. Lieber soll das Zeug, das ohne jede Pflege wächst, verkaufen, als daß man es den Armen überläßt.

Die arbeitende Bevölkerung von Kreuzburg protestiert auf das Festigste gegen diese neuerliche Schandtat. Sie verlangt, daß der Magistrat sofort diese Maßnahme gegen die Arbeiter rückgängig macht.

Brandstiftung?

Am Donnerstag brach hier auf der Landberger Straße beim Schmiedemeister Reumann ein Feuer aus. Ein größerer Schuppen mit Stroh wurde ein Opfer der Flammen. Es wird vermuthet, daß Brandstiftung vorliegt.

Oppeln

Sie haben wieder mal...

Am Sonntag fand hier, von den Pionieren veranstaltet, ein nationalitischer Rummel statt. Dielem Rummel ging am Sonn-abend ein Fackelzug voraus. Da haben sich wieder einmal die „Re-ger“ ausgelebt. Sonnabendnacht sah man viele dieser Herren um-gefallen in den Straßen der Stadt herumwanken. Auch die Mädchen von der Spittelstraße sollen ein gutes Geschäft gemacht haben.

Markgrafen-Kabarett

am Gleiwitz, Ecke Nikolastraße 22
Täglich, ab 8 Uhr abends:
Internationale
Damen-Pädagogie
Das größte sportl. Ereignis der Gegenwart

